

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

20. Januar 1968 - 6 / 11
Einzelpreis: DM 0.75

REPUBLIKANISCHER CLUB: ANTWORT AN SICKERT

Der Republikanische Club erteilte dem amtierenden Westberliner DGB- und Parlamentschef Sickert auf dessen Vorwurf, der RC betreibe "Werkspionage", eine ironische Antwort. Sickert hatte die Versendung eines Fragebogens des "Gewerkschaftlichen Arbeitskreises" im RC an dessen Mitglieder zum Anlaß genommen, der Deutschen-Presse-Agentur eine schauerliche Darstellung des Fragebogen-Inhalts zu geben. Höhepunkt der Sickert-Erklärung war der von dpa so wiedergegebene Satz: "Es liege die Vermutung nahe, daß eine solche Aktion (Fragebogen) 'von kommunistischer Seite ferngesteuert wird', da ein solcher Klub nicht allein in der Lage sei, eine derart präzise und umfassende Fragestellung zusammenzustellen und auszuwerten." Der RC stellt dazu fest, Sickert wisse, daß seine Behauptung, die Fragebogen-Aktion sei kommunistisch ferngesteuert, eine Verleumdung ist. Er wisse aber auch, daß ihn sein Abgeordnetenmandat gegen Strafverfolgung immun mache. Der RC stelle daher fest, daß Sickert sein Mandat mißbrauche, um strafbare Handlungen zu begehen. Sickert behaupte weiter, der RC sei allein nicht in der Lage, eine derartige Umfrage zusammenzustellen; man konstatiere im RC, heißt es in der Erklärung, daß in der SPD und in der Gewerkschaft Mittelmaß und noch Schlimmeres den Ton angeben. Die Unterstellung eines ebensolchen Mangels an Intelligenz für den RC würde aber nur dann eine Beleidigung darstellen, wenn man nicht wisse, daß die Behauptung von Sickert stamme.

Der RC setzt sich dann mit dem "Versprechen" Sickerts auseinander, die Gewerkschaften würden verfassungsfeindliche Zielsetzungen, wie sie Sickert dem RC unterstellt, nicht zulassen. Der RC betont, daß Sickert die Verfassung mit einer Verfassungswirklichkeit verwechsle, die kaum noch der Notstandsgesetze bedürfe, um sich endgültig als autoritäres Regime der Unternehmerinteressen zu entlarven. Der RC bekämpfe diese Verfassungswirklichkeit in der Tat, wobei er sich in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz befinde, das eine soziale Demokratie verheiße.

Der RC stellt abschließend fest, daß sich Sickert als Denunziant betätige und sich dabei in trauer Übereinstimmung mit dem Verfassungsschutz befinde, der beispielsweise durch die Bespitzelung des SDS und anderer außerparlamentarischer Organisationen zwar nicht das Grundgesetz, aber die davon abweichende Verfassungswirklichkeit schütze.

WESTBERLINER JUSTIZ: ALLE SELBSTANZEIGER BESTRAFEN

In Kreisen der Westberliner Justizverwaltung halten sich hartnäckig Gerüchte, daß mit dem Justizsenator die Strategie über die Behandlung der 683 Selbstanzeigen wegen Landfriedensbruch im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Fritz Teufel definitiv festgelegt worden sei (siehe EXTRA-Dienst 61/67). Man erwartet, daß die Revision der Staatsanwaltschaft gegen den Teufel-Freispuch erfolgreich sein wird und Teufel doch noch wegen einfachen Landfriedensbruchs verurteilt wird. Danach soll gegen alle Selbstanzeiger ein

Strafbefehl wegen einfachen Landfriedensbruchs ergehen. Gegen einige Personen, die häufig bei Demonstrationen beobachtet worden sind, soll ein Strafbefehl wegen Rädelsführerschaft - also wegen schweren Landfriedensbruchs - erlassen werden, um die Selbstanzeiger einzuschüchtern. Man ist sich allerdings darüber im klaren, daß im Falle eines Einspruchs nur eine Bestrafung wegen einfachen Landfriedensbruchs "möglich" sein wird.

UdSSR-DDR: NICHT "IN ALLE EWIGKEIT" PROVOZIEREN LASSEN

Der erwartete sowjetische Vorstoß zur Präzisierung des eigenen Standpunktes in der Westberlin-Frage (EXTRA-Dienst berichtete darüber bereits am 20. Dezember 1967, Ausgabe 62/67) und der unangekündigte Besuch einer sowjetischen Partei- und Regierungs Delegation in Ostberlin haben wiederum Spekulationen wachgerufen, nach denen es in der Westberlin-Frage Differenzen zwischen der UdSSR und der DDR gibt. EXTRA-Dienst dokumentiert in diesem Zusammenhang auf Seite 8 die Westberlin betreffenden Passagen der Rede des stellvertretenden sowjetischen Botschafters in Ostberlin, Belezki, vor der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft im Europacenter (14. Dezember 1967). Aus der Belezki-Rede geht eindeutig hervor, daß die UdSSR auf dem Standpunkt steht, Westberlin sei eigentlich Bestandteil der DDR; daß die UdSSR Westberlin als "selbständige politische Einheit" ansehe, sei ein Entgegenkommen. Exakt diese Haltung nimmt auch die DDR-Regierung ein. Differenz-Spekulationen entbehren nach informierter diplomatischer Quelle jeder Grundlage; die gleichen Kreise machen auch darauf aufmerksam, daß sowohl die UdSSR als auch die DDR es nicht "in Ewigkeit" hinnehmen könnten, ihre "gemäßigte Vorstellung" (Westberlin kein DDR-Bestandteil, aber natürlich auch kein BRD-Bestandteil) von Bonn und Westberliner Senat mißachtet zu sehen.

NOTSTANDSGESETZGEBUNG: WEHNER ERSTMALS ÜBERSTIMMT

Seine erste große Niederlage erlitt der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Bundesminister Herbert Wehner in der Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion über die Notstandsgesetzgebung. Obwohl sich der SPD-Vize mehrfach beschwörend zu Wort meldete, wollte die SPD-Fraktion in einer "Probeabstimmung" das Streikrecht in der Verfassung verankert sehen. Wie aus Kreisen der SPD-Fraktion zu erfahren war, erlitt der Ministerflügel in der Klausurtagung auch bei anderen "Probeabstimmungen" die erwartete Abfuhr: Fast in allen Punkten setzten sich die rund 100 dezidierten Notstandsentswurfs-Gegner gegen Wünsche der Fraktions- und Parteiführung durch, die krampfhaft versuchte, den Regierungsentwurf der Absprache mit der CDU/CSU gemäß weitgehend unverändert durchzupeitschen. - Die Taktik der Notstandsgegner in der SPD-Fraktion läuft darauf hinaus, den "Notstandswillen" der CDU/CSU durch eine Flut von Abänderungsanträgen zu strapazieren. In der CDU/CSU werden auch bereits Stimmen laut, die sich gegen die Verabschiedung eines "verwässerten Notstandsrechtes" wenden; man wolle dann lieber mit "den jetzigen Vorschriften" auszukommen versuchen.

MEHRHEITSWAHLRECHT: SPD VERZICHTET AUF DATEN-VORLAGE

Der beim SPD-Parteivorstand arbeitende Ausschuß für Fragen des Mehrheitswahlrechts, in dem ausschließlich Befürworter einer Einführung des Mehrheitswahlrechts sitzen - etwa Staatssekretär Ehmke und Innensenator Ruhnau (Hamburg) - hat sich beharrlich geweigert, für die SPD ungünstige Daten und Fakten, die das der SPD freundschaftlich verbundene "Institut für angewandte Sozialwissenschaften" (infas) erarbeitet hat, zur Kenntnis zu nehmen. Wehner bezeichnete die Wissenschaftler als "Fachidioten". Durch diese Haltung der SPD-Führung vergrätzt, trat Institutsleiter Klaus Liepelt die Flucht nach vornan: In einer Sendung des Fernsehmagazins "panorama" tat er kund, daß die SPD gegebenenfalls sogar die Sperrminorität von einem Drittel der Sitze bei Einführung der Mehrheitswahl verlieren würde. - Führende Sozialdemokraten, die außerhalb des Minister-Klüngels sitzen, zeigten sich bestürzt über die Haltung des Vorstandes und des von ihm eingesetzten Ausschusses. NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn ging, nachdem er vom infas-Institut über die Mißerfolgs-Aussichten für die SPD bei Mehrheitswahl informiert worden war, ins Lager der Gegner einer Wahlrechtsänderung über.

WESTBERLINER PRESSEMONOPOL: EXTRA-DIENST ABGELEHNT

Mit Schreiben vom 17. Januar 1968 wurde dem EXTRA-Dienst von der "Berliner Pressekonferenz, 1 Berlin 12, Hardenbergstraße 20, 6. Stock, Telefon 32 19 60" ohne jede Begründung mitgeteilt, daß sein Antrag auf Aufnahme in dieses Gremium abgelehnt worden ist. Am 7. November 1967 hatte der EXTRA-Dienst um die Aufnahme seines verantwortlichen Redakteurs Carl L. Guggomos und weiterer zwei Mitarbeiter entsprechend den satzungsgemäßen Bestimmungen gebeten. Am 14. November gab ihm Springers "BZ"-Chefredakteur Malte-Till Kogge - als derzeitiger Vorsitzender - einen ersten Zwischenbescheid: Der EXTRA-Dienst möge sich an das Sekretariat der Pressekonferenz wenden. Drei Wochen später kam, nach Wiederholung des Antrages, von dort ein Bestätigungsschreiben mit dem Hinweis, daß das Gesuch den "Herren des Arbeitsausschusses in ihrer nächsten Sitzung" vorliegen wird. Sekretärin Gudrun Pantke schrieb schließlich: "Nach Auffassung des Arbeitsausschusses entspricht eine Aufnahme nicht den Richtlinien der Berliner Pressekonferenz. Ihrem Antrag konnte daher nicht stattgegeben werden". Aus Kreisen des Arbeitsausschusses wird nun beteuert, diese Entscheidung habe keinerlei politische Hintergründe. Der EXTRA-Dienst könne deshalb nicht berücksichtigt werden, weil er kein reiner Pressedienst - allein zur Unterrichtung der Presse -, sondern ein Zwitter von Pressedienst und Mini-Zeitung sei. Aber sowohl die Form des Ablehnungsschreibens wie einschlägige Erfahrungen linker Journalisten und auch zwanzig Jahre Pressepolitik dieser Institution sprechen gegen solche Verharmlosung: Die "Berliner Pressekonferenz" beschneidet die Pressefreiheit erheblich, da sie erstens die Informationsgabe seitens aller wesentlichen Behörden fast monopolisiert und die Mitgliederaufnahme von den Kann-Entscheidungen des Westberliner Presse-Establishments abhängig ist. Wer aber nicht aufgenommen und zugleich auch nicht beim Senatspresseamt "akkreditiert" wird (das eine hängt inoffiziell vom anderen ab), kann de facto in Westberlin weder als Korrespondent arbeiten, noch gar eine Zeitung machen. Und genau diese Aufgabe hatte die "Berliner Pressekonferenz" bei ihrer Gründung nach dem Kriege gegenüber kommunistischen Journalisten wie auch gegenüber anderen linken Störern des Frontstadt-Konformismus. Westberliner Pressekonferenzen ähneln denn auch eher den unlustigen Zusammenkünften eines provinziellen Gesangsvereins als einem Forum kritischer Öffentlichkeit.

Der "Berliner EXTRA-Dienst" jedenfalls wird sich von den antikommunistischen Spätzündern des Westberliner Pressegeschäfts nicht verladen lassen. Das "Establishment" steht auch hier vor der Wahl, vernünftig zu werden, bevor es vernünftig werden muß.

LINKS-JOURNALIST: ANKLAGE WEGEN POPO-BELEIDIGUNG

Der Essener Journalist Herbert Lederer, Mitglied des SDS-Bundesvorstandes, sieht einer Anklage wegen Beleidigung und Verleumdung sowie wegen Verstoßes gegen § 91 StGB entgegen. In der linken Ruhrgebietszeitung "tatsachen" hatte er am 15. September 1967 unter der Überschrift "Sie sammeln Gesichter - die Praktiken der Politischen Polizei" über Spitzelmethode der "Popos" gegen linke und pazifistische Organisationen berichtet. Der Artikel schloß mit der Zitierung eines Pariser Polizeipräsidenten, der über seine Polizeispitzel sagte: "Zeigen Sie mir doch die anständigen Menschen, die Lust hätten, ein derartiges Handwerk auszuüben." In § 91 StGB heißt es: "Wer auf Angehörige einer Behörde, der Bundeswehr oder eines öffentlichen Sicherheitsorgans in der Absicht einwirkt, die pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutze des Bestandes oder der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland... zu untergraben und dadurch Bestrebungen dient, die gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland... gerichtet sind, wird mit Gefängnis bestraft." Offenbar betrachtet die Staatsanwaltschaft die Charakterisierung der Polizeispitzel als "Einwirkung" auf ihre Bereitschaft, Spitzeldienste zu leisten.

SED-REFERENTEN: NICHT AN DIE SCHULEN

Der Westberliner Schulsenator hat in einem Runderlaß "aus gegebenem Anlaß" darauf hingewiesen, daß an Schulen nur Referenten eingesetzt werden dürfen, die die "freiheitlich demokratische Grundordnung" wirkungsvoll und aktiv vertreten, also "keinesfalls

Referenten der SED". Der Runderlaß beruft sich dabei auf ein Aktenstück "DBL III/1964 Nummer 58"; er sollte von den Schulräten telefonisch an die Schulleiter weitergegeben werden. Der "gegebene Anlaß" war das Auftreten eines Referenten der SED im Bezirk Wedding, wo er über seine Partei so "sachlich referierte", daß der anwesende Schulrat "keinen Anlaß zum Einschreiten" sah. Der SED-Referent sprach im Rahmen einer Reihe, in der sich alle Parteien der Stadt und einzelne Institutionen vorstellten. Der Senat Westberlins bemüht sich offenbar auf diesem Wege, die offizielle Zulassung der SED-West durch die Alliierten zu umgehen und die SED-West sozusagen auf kaltem Wege für "verfassungswidrig, da gegen die freiheitliche Grundordnung" Westberlins gerichtet, zu erklären.

BZ-ÜBERSCHRIFTEN: AUS RECHTS MACH LINKS

Unter der Überschrift "Links-Extremisten erschossen zwei US-Militärattachés - Mordwelle in Guatemala" berichtete die "BZ" am Donnerstag über eine Reihe von Anschlägen auf Politiker in der guatemaltekischen Hauptstadt. Bei Lektüre des Artikels stellt sich heraus, daß die "Mordwelle" aus fünf Fällen von politischen Attentaten besteht, deren drei auf das Konto rechtsradikaler Organisationen gehen.

PERSONALIEN

I. F. STONE, Herausgeber von "Stone's Weekly", feierte am 19. Februar in der New Yorker Stadthalle seinen 60. Geburtstag und zugleich das 15jährige Bestehen seiner profilierten Zeitschrift. Der Washingtoner Journalist, der durch seine kritischen Dokumente und Analysen der amerikanischen Politik weithin bekannt wurde, gehört zu den interessantesten Köpfen der intellektuellen Opposition der USA. Seine Ein-Mann-Zeitschrift, die man in den offiziellen "Amerika-Häusern" vergeblich sucht, enthält auf wöchentlich vier Druckseiten im DIN A 4-Format mehr politisches Informationsmaterial als die kiloschweren Tageszeitungen der USA. EXTRA-Dienst wünscht aus diesem Anlaß der unerschrockenen Stimme eines anderen, besseren Amerika viel Erfolg und zahlreiche neue Leser (Adresse: I. F. Stone's Weekly, 5618 Nebraska Avenue N. W., Washington DC 20015, USA). Siehe auch "Zitat der Woche"

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MONTAG, 22. Januar, 19. 30 Uhr (pünktlich) tagt im RC der Arbeitskreis "Aktion".

DONNERSTAG, 25. Januar, 20 Uhr, findet im RC ein "Streitgespräch" zwischen Manfred Rexin und Nils Diederich zum Thema "Mehrheitswahlrecht" statt.

FREITAG, 26. Januar, 20 Uhr, spricht im RC Dr. M. Tomala aus Warschau über "Polen und Probleme der europäischen Sicherheit".

FREITAG, 2. Februar, 20 Uhr, berichtet das Club-Mitglied Keith Chamberlain, von einer mehrwöchigen Reise durch die USA zurückgekehrt, über seine Eindrücke. Thema: "Black Power und Widerstandsbewegungen in den USA".

SONNABEND, 3. Februar, 20 Uhr, setzt Dr. Rattner seinen Psychologie-Vortragszyklus mit dem vierten Teil "Die psychoanalytische Trieblehre und die Theorie der Aggression" fort.

HINWEISE DER REDAKTION

DIE AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION steht im Mittelpunkt eines Seminars der Evangelischen Kirchengemeinde Alt-Tempelhof-Ost (Götzstraße 20-30), das wegen des großen Interesses mit beschränkter Teilnehmerzahl stattfindet (Anmeldeschluß 22. Januar). Referenten sind Solveig Ehrler (RC), Bernd Rabehl (SDS), Harry Ristock (SPD), Knut Nevermann (SPD-RC), Wolfgang Lefèvre (SDS), Horst Mahler (RC) und Rudi Dutschke (SDS). Die Veranstaltungsreihe, die sich bis März erstreckt, beginnt am 23. Januar mit Solveig Ehrler. Thema: "Die Suche nach der Gesellschaft". Die Leitung der Veranstaltungen hat Pfarrer Gerhard Dümchen (Telefon 70 41 40).

IN BONN: AUSSERPARLAMENTARISCHES FORUM

In Bonn wird ein "Forum außerparlamentarischer Parteien" entstehen. Initiator ist der "Wählerkreis 69", eine Vereinigung, die sich als "parteilich neutral" bezeichnet. Zweck der Gründung ist es nach Mitteilung der Veranstalter, "der Öffentlichkeit die Absichten und Ansichten auch solcher politischen Parteien und politischen Gruppierungen darzulegen, die nicht mit Finanzmitteln und altersbedingten Beziehungskartellen vor den Wählern etabliert sind". Nach dem Willen der Veranstalter soll sich das Bonner Forum "als wirksamer organisatorischer Rahmen für gemeinsame Sitzungen und Veranstaltungen einer 'zugänglichen' Demokratie" auswirken. Von den Arbeitssitzungen und der Teilnahme an den Ausschüssen des Forums Bonns sollen die Parteien der Großen Koalition ausgeschlossen sein. Eine Abstimmung über das Verhältnis zur FDP ist, nach Auskunft der Forum-Veranstalter, noch nicht erfolgt. Das "Forum außerparlamentarischer Parteien" hat alle außerparlamentarischen Gruppen um Mitarbeit gebeten. Das Büro des Forums leitet W. M. Gellhaus, 532 Bad Godesberg, Buechelstraße 55 (Telefon 02229/57348).

KRITISCHE UNIVERSITÄT: AKTIONSZENTRUM FÜR SCHÜLER

Die Arbeitsgemeinschaften 10 (Sexualität und Herrschaft) und 17 (Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler) der Kritischen Universität haben zur Gründung eines "Aktionszentrums für Schüler" in Westberlin aufgerufen. Das Aktionszentrum soll bestehen aus: Diskussionsräumen; einer psychologischen Beratungsstelle für Sexualfragen; einer psychologischen Beratungsstelle für Fragen, die sich aus Konflikten in Elternhaus und Schule ergeben; einem Informationsraum, in dem Materialsammlungen und Literaturlisten zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen ausliegen. Im Gründungsaufwurf heißt es: "Im Aktionszentrum sollen die Schüler Informationen erhalten können, die ihnen von Elternhaus und Schule zumeist vorenthalten werden". Weiter wird festgestellt: "Die Tabus, Vorurteile und Stereotypen der Eltern und Lehrer sollen als Irrationalismen eines fragwürdigen Herrschaftssystems demaskiert und angegriffen werden. Die Schüler werden zu diesem Zweck Arbeitskreise und Aktionen organisieren, wobei die jeweilige Vorgehensweise durch die Mitglieder des Arbeitskreises bestimmt wird." Die endgültige Organisationsform des Aktionszentrums soll einer Vollversammlung interessierter Schüler vorbehalten bleiben, um das Prinzip der direkten Demokratie voll anzuwenden. Die Vorbereitung des Zentrums liegt beim Initiativausschuß der Kritischen Universität, Hans W. Dräger, 1 Berlin 33, Garystraße 20.

ZITAT DER WOCHE

In Stone's Weekly - siehe Personalien - findet sich folgender Absatz aus einem Artikel des Herausgebers: "Es gibt auf dieser Erde nur eine Nation, die Militärbasen auf jedem bewohnten Kontinent unterhält und eine Flotte in jeder offenen See. Ihre atomar bewaffneten U-Boote und Kriegsschiffe patrouillieren im Atlantik, Pazifik, der Karibischen See, dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean. Es ist die einzige Nation, deren Atombomber Tag und Nacht, tausende Meilen von den eigenen Grenzen entfernt, den Himmel durchkreuzen, wie die versehentlich über Spanien abgeworfenen Bomben aufgedeckt haben. Eine solche Nation, deren Kanonen schußbereit sind, jedem Lande den sofortigen Tod zu bringen, dessen Politik sie mißbilligt, stellt ein Weltproblem dar. Fiele ihre Zerstörungskraft in verantwortungslose Hände, so könnte sie einen Großteil dieser Erde unbewohnbar machen. Wir können uns keine Nation vorstellen, auf welche die Doktrin der Eindämmung besser paßte. Das Menschheitsproblem Nr. 1 ist heute die Eindämmung der Vereinigten Staaten."

WITZE DER WOCHE

Einem Ondit zufolge soll das Verlagshaus Axel Springer Ambitionen entwickeln, auch in England ein Blatt herauszubringen. Geplanter Zeitungstitel: "The Daily Excess".

Eine in der Bundesrepublik vertriebene aufziehbare Spielzeugkatze trägt auf dem Bauch die Herkunftsbezeichnung "Made in US-Zone Germany". Die Katze wurde zuletzt zu Weihnachten 1967 in einem Warenhaus gesichtet.

ENTKRIMINALISIERUNG DES ALLTAGS - ZUM NEUEN STGB DER DDR (II)

Von Walter Barthel

Selbst von sexualethischen Maximen geplagt, die man eher dem "gesunden Volksempfinden" zurechnen möchte, haben die Schöpfer des neuen DDR-Strafgesetzbuches dennoch in der letzten Woche mehr als einen verklemmten Zopf abgeschnipst und den bürgerlichen Paragraphensalat radikal entheuchelt: Homosexuelle Handlungen unter Erwachsenen werden fortan keinen DDR-Richter mehr zu interessieren brauchen. Die bisherigen Strafbestimmungen wurden im neuen StGB der DDR ersatzlos gestrichen. Nur die gleichgeschlechtliche Betätigung Erwachsener mit Jugendlichen steht unter Strafe. Dafür aber auch jene zwischen Personen weiblichen Geschlechts, die in der bürgerlichen Welt merkwürdigerweise anders qualifiziert wird als die zwischen Männern.

Gleichermaßen ehrlich gemacht wurden auch die Strafbestimmungen in anderen Sexualbereichen. Eine "Erschleichung des außerehelichen Beischlafs" - worunter sich der Laie ohnehin nichts vorzustellen vermag - kennt das DDR-Strafgesetzbuch nicht mehr als Delikt. Auch die Sodomie ist aus den 283 neuen Strafparagrafen verschwunden, vermutlich, weil auch hierüber konkrete Vorstellungen der kommunistischen Abgeordneten nicht vorlagen. Von der Fiktion der sogenannten Blutschande haben sich die Ostberliner Reformer freilich immer noch nicht lösen können: allerdings wird sie nur noch bestraft, wenn sie zwischen Verwandten in gerader Linie oder Geschwistern betrieben wird. "Geschlechtsverkehr durchführen", nennt der DDR-Gesetzgeber solche Umtriebe spitz-bürokratisch.

Konsequent verfahren die kommunistischen Sexualstrafrechtler gegenüber käuflicher Liebe und solcher, die unter Ausnutzung von Abhängigkeit oder Not erlangt wird. Im Gegensatz zu hiesiger Doppelbödigkeit kann man es den Kommunisten sogar abnehmen, daß sie die Prostitution nicht nur schelten, sondern auch wirklich abschaffen, wo dies in ihrem Herrschaftsbereich noch zu tun bleiben sollte. Weder für Geld, noch Minderjährigen soll beigeschlafen werden, so bestimmt es das sozialistische StGB nicht unlogisch, wo niemand mehr dem Geschlechtsverkehr zwischen reifen Menschen ideologische Schranken errichtet.

Daß unsozialistische Lebensführung dennoch gedeiht, ist nach Meinung der Ostberliner Gesetzgeber ein "Fortwirken der Überreste der kapitalistischen Zeit". Diese werden "durch feindliche Einflüsse und moralische Verfallserscheinungen aus den imperialistischen Staaten genährt". Mit ihnen - politische Delikte ausgenommen - will die sozialistische Strafjustiz in Ostdeutschland künftig toleranter als ihr bürgerliches Pendant verfahren.

Insbesondere Eigentumsdelikte - sofern sie nicht als politische Sabotage verstanden werden - entbehren in der DDR nunmehr der verbrecherischen Note und werden zu Vergehen, Verfehlungen oder Ordnungswidrigkeiten herabgestuft. Für Diebereien dürfen nur noch Höchststrafen von zwei Jahren Gefängnis ausgesprochen werden. Der Gesetzgeber aber will die Gerichte von solcher Plage möglichst überhaupt freihalten und vertraut sie deshalb den "Gesellschaftlichen Organen der Rechtspflege" an: Konfliktkommissionen in den Betrieben - bestehend aus gewählten Gewerkschaftsvertretern - und Schiedskommissionen in den Wohnbezirken, die auf Einwohnerversammlungen gewählt werden. Deren Strafbefugnisse sind zwar beschränkt. Die erzieherische Wirkung, vor allem die Aussicht auf Resozialisierung, dürfte bei ihnen aber weitaus besser aufgehoben sein als in der anonymen Justizmaschine.

Auch den Hausfriedensbruch, ein typisch an Eigentumsvorstellungen gebundenes Delikt, hat die DDR entkriminalisiert und zur bloßen Verfehlung deklariert. Selbst in schweren Fällen, also bei Gewaltanwendung, kommt höchstens eine Geldstrafe in Betracht. Ebenso verhält es sich mit Beleidigungen und Verleumdungen. Hier will sich das sozialistische Strafrecht bemühen, die gestörten zwischenmenschlichen Beziehungen von ihrem Gegenstand her einzurenken, anstatt daraus einen weiteren Akt - justizieller - Verlogenheit zu machen.

Mit derselben Konsequenz wurde daher auch ein heuchlerisches Monstrum wie der Meineid liquidiert. Ihn gibt es nicht mehr als Straftat, weil der Eid ohnehin nicht zur objektiven Wahrheitsfindung beizutragen vermöge, wie Besucher westdeutscher Gerichtssäle längst wissen. Nur noch die vorsätzlich falsche Aussage vor Gericht unterliegt in der DDR einer Bestrafung.

Wie sehr die DDR-Strafrechtsreform auf die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse Ostdeutschlands zugeschnitten ist, und nicht einfach auf die Bundesrepublik übertragbar wäre, zeigen die straftheoretischen Grundgedanken, besonders im Strafvollzug. Mit Ausnahme der politischen Teile - wie immer wieder zu betonen bleibt - versucht die DDR ein Erziehungs- anstelle des bisherigen Sühnestrafrechts. Die Justiz soll nicht mehr "Vergeltung" für Straftaten üben, sondern ihre Ursachen ausfindig machen, sie beseitigen helfen und den aus der Bahn Geratenen wieder in die Gesellschaft eingliedern.

Nach landläufigen Vorstellungen gehörte diese Aufgabe wohl eher in das Ressort Volksbildung und Erziehung. Diese Assoziation dürfte gar nicht abwegig sein. Es beginnt bei dem Grundsatz, so wenig wie möglich zu strafen. Die Zuchthausstrafe wurde ganz beseitigt, die Höchstdauer einer Freiheitsstrafe auf 15 Jahre begrenzt (darüberhinaus gibt es nur noch lebenslange Haft als Alternative zur Todesstrafe). Aber es gibt im Prinzip auch keine Kurzstrafen mehr.

Mit den dafür infrage kommenden Straftaten haben sich hauptsächlich die "Gesellschaftlichen Organe der Rechtspflege" zu befassen. Deren Tätigkeit erstreckt sich nicht so sehr auf die Verhandlung mit dem Beschuldigten, sie ist nicht in erster Linie "Seelenmassage des Kollektivs", sondern Umweltserforschung am konkreten Fall. Für diese gesellschaftlichen Gerichte ist es nicht so wichtig, was beispielsweise ein Alkoholtäter verbrochen hat. Sie haben festzustellen, warum ein Mann trinkt und was in seinem Leben verändert werden muß, damit er das läßt.

In diesem Sinne hat das neue StGB der DDR auch die Verantwortlichkeit der staatlichen Organe für die Verhütung von Straftaten festgehalten. Die Entkriminalisierung des Lebens beginnt am Arbeitsplatz in den staatlichen Betrieben und Institutionen. Für das Arbeitskollektiv ist der einzelne Kollege nicht mehr nur die stundenweise bezahlte Arbeitskraft, sondern der ganze Mensch, um den sich "der Nächste" zu kümmern hat; eine zutiefst humane Idee mit großen Gefahren inmitten einer womöglich noch unvollkommenen Gesellschaft.

Die Konflikt- und Schiedskommissionen der Bürger, so bestimmt das neue Strafrecht, haben deshalb ein Arsenal erzieherischer Maßnahmen zur Hand, wenn sie einen Straftäter resozialisieren müssen. Sie können ihn "verurteilen", sich beim Geschädigten zu entschuldigen, den Schaden wieder gut zu machen, eine Beleidigung öffentlich zurückzunehmen, sie können eine öffentliche Rüge oder auch eine kleine Geldstrafe aussprechen. Sie können aber auch verlangen, daß dem Täter beispielsweise ein anderer Arbeitsplatz, eine andere Wohnung, vielleicht eine Berufsausbildung oder was ihn sonst auf den richtigen Weg bringen könnte, gegeben wird.

Nach dem gleichen Prinzip arbeiten die Gerichte bei der Strafzumessung: Neben den Regelstrafen dürfen sie Zusatzstrafen verhängen, beispielsweise "dem Verurteilten durch die Beschränkung seiner Freizügigkeit die Gelegenheit zur Begehung weiterer Straftaten nehmen". Freiheitsstrafen dürfen sie in beliebiger Höhe zur Bewährung aussetzen (bei uns nur bis zu neun Monaten Gefängnis). Und durch ein System der "bedingten Entlassung" aus einer Freiheitsstrafe dürfen sie alle gesetzlichen Maßnahmen treffen, die der Resozialisierung dienen.

Künftig wird überhaupt nur noch der eine Strafanstalt der DDR verlassen, für den bereits ein Arbeitsplatz und sonstige Umweltfaktoren vorbereitet sind, die es ihm gestatten, sofort wieder Fuß zu fassen. Daß er es schafft, dafür sind dann viele mit verantwortlich. Schon daran wird deutlich, daß eine solche Strafrechtsreform kein auf die Justiz beschränkter und beliebig übertragbarer Vorgang bleiben kann.

BOTSCHAFTSRAT BELEZKI : ZUM STATUS WESTBERLINS - AUSZUG
AUS EINER REDE AM 14.12.1967 IM WESTBERLINER EUROPACENTER

3. Der ungesetzmäßige Anspruch der Bundesrepublik auf Westberlin. Bonn steht auch in dieser Frage nicht nur auf dem früheren Standpunkt, sondern forciert diese Ansprüche. Besonders in den letzten Jahren führt es eine Politik der Eskalation dieser gesetzwidrigen Ansprüche auf diese Stadt. Seit 1964 führt Bonn die Sitzungen des Bundeskabinetts hier in Berlin durch.

Dann wurden hier periodisch die Sitzungen des Verteidigungsausschusses des Bundestags zusammengerufen, woran auch Bundeswehrgenerale, wie z. B. Panitzki, teilnahmen. In letzter Zeit wurden immer mehr hier in Westberlin die Arbeitswochen des Bundestages durchgeführt.

Man unternimmt Versuche, hier Plenarsitzungen des Bundestages durchzuführen, und es wird auch versucht, bei den Westmächten zu erreichen, daß sie einige Vorbehalte weglassen, die die Verwirklichung der Pläne von Bonn in bezug auf Westberlin stören . .

Auf der Basis solcher Politik kann, wie die Erfahrung beweist, nur Revanchismus und Neonazismus aufwachsen.

Deshalb haben die Sowjetunion und die DDR in einem gemeinsamen Kommuniqué am 13. 12. dieses Jahres, als eine Partei- und Regierungs-Delegation der DDR in Moskau war, festgestellt:

„Beide Seiten sind der Ansicht, daß die Hauptgefahr für den Frieden in Europa von der revanchistischen und militaristischen Politik der herrschenden Kreise der BRD ausgeht, die im Komplott mit den aggressiven Kräften der USA vorgehen. Die Kiesinger-Regierung hat bisher die abenteuerliche Zielsetzung ihrer Vorgänger nicht aufgegeben. Ihre außenpolitischen Manöver dienen der Verschleierung und zugleich Durchsetzung des revanchistischen Charakters der Politik der BRD und ihrer aggressiven Tendenz gegen die Deutsche Demokratische Republik, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder. Die Militarisierung der BRD, die Vorbereitung von Notstandsgesetzen, die Konsolidierung der neonazistischen Kräfte, die fortschreitende Rehabilitierung der Hitlerverbrechen bestimmen die gegenwärtige Lage in Westdeutschland und die Politik seiner Regierung, die den Interessen der Sicherheit Europas, den Interessen aller Deutschen zutiefst fremd ist.“

Die elementare Prüfung der Echtheit der Bonner Erklärungen über das Bestreben zur Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern kann nur die Bereitschaft sein, die in Europa bestehenden Realitäten anzuerkennen.

Des öfteren schon hat sich die Regierung der UdSSR für die Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik ausgesprochen. Jedoch muß sich Bonn von seinem revanchistischen Kurs lossagen und

eine realistische Politik betreiben. Die Voraussetzungen für die Normalisierung der Beziehungen der Länder der sozialistischen Gemeinschaft zur Bundesrepublik wurden in Dokumenten festgelegt, die von den Teilnehmer-Staaten des Warschauer Paktes in Bukarest und in Karlovy Vary angenommen worden sind und die kurz zusammengefaßt in dem gemeinsamen Kommuniqué vom 13. 12. dieses Jahres wiederholt wurden: „Die Anerkennung der Tatsache des Bestehens zweier souveräner deutscher Staaten, die Anerkennung der Unantastbarkeit der heute in Europa bestehenden Grenzen, der Verzicht der herrschenden Kreise der BRD auf die absurde Alleinvertretung, die Einstellung des Drängens nach Zugang zu Kernwaffen, die Anerkennung der Ungültigkeit des Münchener Abkommens von Anfang an.“

Was Westberlin anbetrifft, so ist die Haltung der UdSSR zu dieser Frage bekannt. Die Sowjetunion geht von dem Standpunkt aus, daß sich auf dem Territorium des früheren Reiches zwei deutsche Staaten herausgebildet haben – die DDR und die BRD, sowie ein besonderes politisches Gebilde – Westberlin.

Nicht wir haben Deutschland und Berlin gespalten. Aber wenn heute Westberlin praktisch als besonderes politisches Gebilde existiert, so anerkennen wir das als eine reale Tatsache. Wir betrachten es als das, was es in Wirklichkeit ist, und zwar als ein besonderes, politisches Gebilde, das bei den jetzigen Bedingungen nur eine selbständige politische Einheit sein kann. **Und in Übereinstimmung damit bestimmen wir unsere Politik in Beziehung auf Westberlin.**

Es ist Zeit, daß man versteht, daß, wenn die Sowjetunion und die DDR damit einverstanden sind, Westberlin als besondere selbständige politische Einheit anzuerkennen, das ein großes Zugeständnis ist. Berlin gehörte geographisch und juristisch zum Bestand der früheren sowjetischen Besatzungszone und müßte deshalb ein Bestandteil der DDR sein. In Westberlin selbst muß man verstehen, daß, wenn diese Stadt schon eine Insel inmitten der sozialistischen Gemeinschaft ist, es natürlich ist, daß die Beziehungen zwischen ihr und seiner Umgebung nur auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz aufgebaut werden kann, und zwar mit allen sich daraus ergebenden Folgen, die normale Beziehungen zwischen Westberlin und den sozialistischen Ländern mit sich bringen.

Weil wir Westberlin als selbständige politische Einheit ansehen, treten wir für die Entwicklung direkter Beziehungen mit Westberlin ein.

MARTIN SPERR: POLITIK UND THEATER

Der junge westdeutsche Theaterautor Martin Sperr ("Jagdszenen aus Niederbayern", "Landshuter Erzählungen") äußerte sich im Rahmen einer Leseaufführung seines dritten Stückes ("Koralle Meier") im Literarischen Colloquium der Akademie der Künste über seine Auffassung vom "Theater in dieser Zeit". Sperr trat nach Hochhuth und Hartmut Lange in Höllersers Colloquium auf; es folgen Martin Walser, Günter Grass und die Schweizer Frisch und Dürrenmatt. Sperrs Rede fand in der Westberliner Presse wütende Verrisse ("Tagesspiegels" Karena Niehoff: "Etwas so Tonloses, so Zerfahrenes, so Unliterarisches hat es in dieser hochartikulierten Umgebung wohl kaum je gegeben"). Das Publikum war schockiert; Veranstalter Höllerer war bleich. EXTRA-Dienst dokumentiert die Sperr-Rede in einer vom Autor durchgesehenen Fassung.

"Ich lebe in einem Staat, dessen Bürger als Kollektiv große Morde in der Vergangenheit verursacht haben. Erstaunlich ist, wie schnell Morde vergessen werden. Und wie schnell man bereit ist, neuen Morden zu applaudieren. Unser Bundespräsident und unser Bundeskanzler waren beide Mitglieder der NSDAP. Sie repräsentieren gegenwärtig das deutsche Volk der Bundesrepublik. Das bedeutet offiziell: Die Abrechnung mit der Vergangenheit hat nicht stattgefunden. Ich wurde 1944 geboren. Mit meinen Steuergeldern bezahle ich Kriegsschulden der Elterngeneration, mit meinen Steuergeldern finanziere ich die Bundeswehr. Ich bezahle einen Bundespräsidenten, der zum ersten Napalm-Abwurf in Vietnam den amerikanischen Aggressoren im Namen des deutschen Volkes - also auch in meinem Namen - Glückwünsche darbringt. Die Regierung dieses Landes ist für den Bürger unerreichbar. Unser Bündnis und unsere Solidarität mit Amerika ist das Bündnis und die Solidarität mit Mördern. Unsere Freiheit, die in Vietnam verteidigt wird, ist eine Freiheit, die nur mit Sklaven aufrecht erhalten werden kann. Der deutsche Herrenmensch ist der Bürger.

Daß sich die Bundesrepublik auf den Weg zum Faschismus begeben hat, ist nicht zu leugnen. Und ich behaupte, daß daran der kleine Mann, der Mann von der Straße schuld ist. Würde er verantwortlich sich um Politik bemühen, würde er menschliche Reaktionen bei der Massenvernichtung von Menschen empfinden. Es könnte auch nicht passieren, daß man den Tod Benno Ohnesorgs in Berlin - ob sich dieser richtig verhalten hat oder falsch - als Wohltat empfindet. Der Bürger steht dem gewaltsamen Tod mit Wohlwollen gegenüber. Daß dem Bürger dieses schmackhaft gemacht wird durch Manipulation seiner Meinung, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß er diese Manipulation ermöglicht. Der Bürger der Bundesrepublik will den Terror. Er blickt in grauenvollem Masochismus zu seinen Mördern auf und liebt sie. Der Kampf, der zu führen ist, führt in den luftleeren Raum. Der Gegner ist erkennbar, aber er ist nicht zu bezeichnen. Der Kampf bei uns geht nicht mehr gegen den Hunger usw. Der Kampf geht gegen die Dummheit. Die Dummheit, wie die Intelligenz sind keine privaten Eigenschaften mehr, sie sind gesellschaftliche und politische.

Ich bin der Meinung, daß nur engagiertes Theater einen Sinn hat. Genügt es, zu sagen, man steht links? Ich habe immer ein bißchen den Eindruck, daß man sich als Weißer im Moment mit revolutionären Ideen richtiggehend lächerlich macht. Trotzdem: Man muß sagen, warum sich revolutionäre Bewegungen bei uns auf den Abbau - leider nicht auf den Aufbau - konzentrieren müssen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, man wäre nur für Revolution, um kaputtzumachen. Damit erreicht man kein Verständnis. Man muß in erster Linie erklären, warum man zerstört. Also muß man erst die Möglichkeit schaffen, klarzumachen, warum man zerstören will. Die Theaterarbeit muß also weit über den Theaterabend hinausgehen. Man muß anfangen, das System zu verändern. Das Theater-system muß daher als erstes bekämpft werden. Man muß die Illusion zerstören, daß für das ganze Volk Theater gemacht wird. Wir spielen Theater für eine kleine Schicht. Das Theater ist - sobald es progressiv wird - Alibi für Reaktionäre. In dem Moment, wo ich subventioniert werde, fängt die Korruption an. (Die Frage ist, ob es ohne Korruption im jetzigen Stadium überhaupt geht). Ich kann das Theater nicht als Kunstanstalt betrachten, sondern als Manipulationsmittel, das nach dem Proporz vergeben wird. Man muß zum

Beispiel die Zuschauer auf die Perversion aufmerksam machen, meine Produktion als Kunst zu genießen. Es hat auch keinen Zweck, dem Publikum vorzugaukeln, man wäre objektiv. Man muß klar sagen, daß man tendenziös schreibt. Ich hoffe, daß das Publikum möglichst bald meine Parteilichkeit erkennt.

Man ist als Schriftsteller froh, wenn es fünf oder sechs Leute gibt, die begreifen, was man meint. Und vergißt darüber bereits, daß mit diesem Gefühl die Produktion sinnlos ist und eine elitäre Angelegenheit. Diese elitäre Angelegenheit spielt man Leuten vor. Wir müssen herausfinden, welcher Art unser Publikum ist. Aus welchen Schichten kommt es? Eigentlich aus allen Schichten, sobald innerhalb dieser Schicht Repräsentation nötig ist. Das Theater muß ein neues Publikum haben. Es muß sich neue Besucherschichten erschließen. Bis das aber geschehen ist, müssen wir für das Publikum spielen, das wir haben. Da wir gerne für eine andere Art Publikum spielen würden, müssen wir immer wieder sagen, was uns an diesem Publikum nicht paßt. Also, was mir nicht paßt: Die Kapitalisten lesen linke revolutionäre Literatur, wie sie Bier trinken, - selten, mit halbem Genuß, mäßig. Im Falle Bier wegen der Leber, im Falle Literatur, weil es edle Gedanken sind - was sie ebenfalls berauscht, was aber ihre Existenzberechtigung angreift. Weshalb sie nicht genügend lesen und das Gelesene verdrängen und nur mehr im Sinn ihrer angegriffenen Existenz verteidigen: Sie kaufen die Revolution. Man verpufft also seine Wirkungen völlig, wenn man ein progressives Theaterstück schreibt. Das Theater allein kann kein Publikum erziehen. Also muß die Erziehung zum Staatsbürger durch den Staat eine andere werden. Das Theater kann den Staat weder beeinflussen noch abschaffen, aber es kann zeigen, was schlecht ist an diesem bestehenden Staat, es kann zeigen, daß es einen besseren geben könnte, usw. Das Theater kann bzw. sollte Veränderungen unserer Gesellschaft ankündigen. Da es für unser Proletariat im Augenblick noch keine Veranlassung gibt, revolutionär zu handeln (da es in eine Blindheit hineinmanipuliert ist), muß diese Rolle von den Intellektuellen wahrgenommen werden. Die Solidarisierung der Intellektuellen zur Klasse ist nötig.

Wie wird manipuliert? Die Ideologie von Springer ist seine Verteidigung. Die Verteidigung seiner Existenz. Springer stützt den Staat, weil der Staat ihn stützt. Die beste Unterstützung ist in diesem Falle die Verheimlichung der deutschen Politik. Denn würde die Politik richtig dargestellt, die meisten Deutschen würden sich aus rein persönlichen Interessen dagegen stellen. Springer stützt den Staat, der beabsichtigt, sich mit Notstandsgesetzen gegen seine Bürger zu wenden. Folglich muß er mit diesem Staat verbunden sein, wenn er glaubt, nur von diesem Staat leben zu können. Also ist das Springer-Problem für alle wichtig, auch für das Theater. Zunächst muß man versuchen, mit Kunst etwas zu erreichen. Wenn Kunst nichts erreicht, ist sie nutzlos und darf nicht mehr Mörder zeigen, sondern muß die Mörder benennen, besonders diejenigen, die Mord in erster Linie zulassen, nämlich das deutsche Volk und dessen verantwortliche Sprecher, wie Herrn Albertz, dem auf der Bühne seine Religionszugehörigkeit und sein Beruf im Privatleben noch eine gesonderte Wirkung garantieren würden. Das Versagen der Kunst und das Versagen der Literatur ist eklatant. Es wäre z. B. für Literaturhengste an der Zeit, die Teufel-Schriften literarisch zu überprüfen. Es sind politische Flugblätter von hohem literarischem Niveau, die Auskunft über unsere Zeit geben. Vielleicht könnte man helfen - über die Ästhetik - Fakten der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Daß das Kunstwerk allein für sich zu sprechen hat und allein stark genug ist - falls es sich um Kunst handelt - um das Publikum zu interessieren, ist Schwachsinn. Wenn ich Nazis ein Antinazistück vorspiele, wird das Nazipublikum selbstverständlich die Entscheidung treffen, es ist kein Kunstwerk. Kunst ist bei uns Ausrede. Wenn nicht, warum hat Teufel in der Literatur nicht die Stellung, die ihm zusteht?

Mein Theater sollte die Funktion übernehmen, Chiffren aufzuschlüsseln. Theater ist eine mögliche Form der Frage. Dabei muß es verständlich und kritisierbar sein, also mit bekannten Vokabeln und Situationen arbeiten. Daß die Abendunterhaltung einiger Leute immer noch Theater ist, ist beim heutigen Aufführungsniveau erstaunlich. Langeweile ist etwas, was man im Theater schwer ertragen kann. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Zuschauer, daß immer noch ein deutsches Theaterleben existiert. "